Preis 10 Pfennig. Abend-Ausgabe.

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Die „Freiheit" erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zusendung unter Streifband) 4 Mark. Bestellungen sind bis auf weiteres ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einsendung der Bezugsgebühr erforderlich.

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 11007 und 11008.

Inserate kosten die siebengespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 80 Pf. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Inserate für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

Jahrgang 1 — Dienstag, den 26. November 1918 — Nummer 21

Einheit in Freiheit.

Um Nordschleswig.

Kopenhagen, 25. November. (Ritzau-Meldung.) In einem Schreiben an den Reichstagsabgeordneten H. P. Hanssen spricht der Minister des Aeußern seine herzliche Freude aus über dessen Mitteilung von der am 17. November vom Wählerverein für Nordschleswig angenommenen Entschließung und sagt: Die dänische Regierung war der Ansicht, daß Dänemark nicht mit einer Auslassung über die Nordschleswiger vor die Welt treten könne, ehe die dänischen Nordschleswiger selbst die Forderung gestellt hätten, ihr zukünftiges Geschick auf Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker selbst zu bestimmen. Nachdem aber beide kriegführenden Parteien ihren Anschluß an diesem Grundsatz erklärt haben, hat die Regierung sich mit Mitgliedern beider Reichstagskammern beraten, die in einer gemeinsamen geheimen Sitzung am 23. Oktober folgende Entschließung angenommen haben, welche die Regierung der hiesigen Vertretung der kriegführenden Mächte mitgeteilt hat und den dänischen Nordschleswigern zur Kenntnis zu bringen bittet: Nachdem der Reichstag in gemeinsamer Sitzung beider Kammern die Mitteilungen des Ministeriums gehört hat, stellt er fest, daß man einmütig für eine Fortsetzung der nach allen Seiten gleichmäßig beachteten Neutralitätspolitik ist, der das ganze Dänenvolk zugestimmt hat. Ferner kann für eine Aenderung in der jetzigen Stellung Schleswigs nur die Befolgung des Nationalitätenprinzips dem Wunsche, Gefühl und Interesse des dänischen Volkes entsprechen. Bei der bevorstehenden Durchführung des von beiden kriegführenden Parteien anerkannten Nationalitätenprinzips und Selbstbestimmungsrechtes der Völker ist eine solche Lösung zu erstreben, durch die das Verhältnis zu keiner der beiden Seiten einen Schaden erleiden. Dadurch wird auch die zukünftige Sicherheit der Wiedervereinigung gewährleistet.

Ende des oberschlesischen Bergarbeiterstreiks?

Wie uns telegraphisch gemeldet wird, ist der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien beendet. Im Rybniker Revier sind fast alle Belegschaften eingefahren. Die Einigungsverhandlungen werden heute fortgesetzt.

Wieder Lebensmittel aus Posen.

Posen, 25. November. Das Kommissariat des Polnischen Volksrats erläßt folgende Aufforderung: An die polnischen Volksräte, Kommissionäre, sowie an die ländliche Bevölkerung. Die Lebensmittelzufuhr für größere Städte Deutschlands hat in letzter Zeit gänzlich aufgehört, weil die hiesige polnische Bevölkerung unter den veränderten Verhältnissen nicht wußte, wie sie sich zu den Ernährungsfragen stellen sollte. Polnisch-feindliche Stellungnahme der Behörden sowie beunruhigende Nachrichten gaben Veranlassung, daß die Ablieferung der Nahrungsmittel auf den bisherigen Wegen vollkommen stockte.

Der Polnische Volksrat unterhandelt gegenwärtig mit der Zentralregierung und den Provinzialstellen, um die Stellungnahme gegenüber der polnischen Bevölkerung zu klären. Es ist anzunehmen, daß diese Verhandlungen zu einem Einverständnis führen werden, und daß die Rechte der polnischen Bevölkerung gewahrt bleiben. Um zu vermeiden, daß die Lebensmittelversorgung der großen Städte gefährdet wird, fordern wir alle zur Ablieferung sämtlicher Lebensmittel auf, bis wir Gegenteiliges fordern. Die Lieferungen sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden.

*

Zu wünschen wäre, daß irgendwelche ungeschickte militärische Maßnahmen die guten Absichten des Polnischen Volksrats nicht wieder durchkreuzen. Daß eine solche Gefahr besteht, zeigt die nachfolgende Mitteilung des Posener Soldatenrats: „Heute wurde uns telephonisch vom Landrat in Witkowo mitgeteilt, daß dort Truppen der 41. Division (angeblich Heimatschutz) eingetroffen sind. Ein Bataillon wurde in Witkowo untergebracht. Der Kommandeur der Truppe hielt eine Ansprache an die Soldaten in reaktionärem Sinne. Wir bemerken daher, wenn Truppen der Armee „Heimatschutz Ost" nach der Provinz Posen gesandt werden, so geschieht das gegen den Willen der hiesigen Militärbehörde, gegen den Willen der Bevölkerung und sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte der Provinz Posen."

Die französische Besetzung.

Ludwigshafen, 25. November. Französische Truppen besetzten bereits mehrere Grenzorte am Südrand der Pfalz. An den tiefsten Stellen drangen sie 7 Kilometer weit in die Pfalz ein. Wie wir hören, ist gegen dieses vorzeitige Einrücken in die Pfalz durch die deutsche Waffenstillstandskommission Verwahrung eingelegt. Nach einer Meldung der „Pfälzischen Rundschau" aus Zweibrücken überschritten Sonntag vormittag indische und afrikanische Truppen englischer und französischer Nationalität die lothringische Grenze und besetzten verschiedene Ortschaften und Höfe der Westpfalz.

Totenfeier für Viktor Adler.

Wien, 25. November. Die Vertrauensmänner des Wiener Proletariats ehrten gestern vormittag das Andenken Viktor Adlers durch eine erhebende Feier. Die Gedenkrede hielt Staatsrat Ellenbogen, der die Persönlichkeit Viktor Adlers würdigte, der den vollendetsten Begriff des Sozialdemokraten dargestellt habe. Er hob Adlers stahlharten Willen, seine eiserne Selbstdisziplin und seine große Arbeitskraft, die Treue seines Wesens, seinen Heldenmut, seine Hilfsbereitschaft und endlich seine große politische Begabung hervor, Eigenschaften, die ihn zum Erzieher und Organisator und zum wahren Vater des Volkes prädistinierten. Der Redner schloß: Wenn es uns gelingt, in diesen großen Tagen die Sache der Freiheit zum Siege zu führen, wird der schönste Dank aber auch das würdigste Denkmal sein, das wir Viktor Adlers großem Kämpfergeist errichten können.

Die Trauerfeier schloß mit der Aufführung von Beethovens Eroica.

Zur Vernunft gezwungen.

Budapest, 25. November. Der ungarische katholische Episkopat mit dem Fürstprimas Czenoch an der Spitze richtete an den Ministerpräsidenten Graf Karolyi ein Schreiben, in dem er erklärt, daß die Kirche zur Verwirklichung der demokratischen Bodenreform ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Eisenbahnerstreik gegen tschechische Willkür.

Reichenberg (Böhmen), 25. November. Das Presseamt der Landesregierung für Deutschböhmen meldet: Sonntag abend machten die in Böhmisch-Leipa lagernden tschechischen Truppen den Versuch, von der Station der böhmischen Nordbahn gewaltsam Besitz zu ergreifen. Tschechische Beamte und zwei Lokomotivführer wollten den Dienst übernehmen. Die erste Tat war, daß zwei Lokomotiven geraubt und nach Prag gesandt wurden. Montag früh erfuhr die Arbeiterschaft der Nordbahn von dem Vorgegangenen. Sie hielt sofort eine Versammlung ab und beschloß, den tschechischen Vorgesetzten keine Folge zu leisten. Sofort nach der Versammlung hat die passive Resistenz des deutschen Verkehrspersonals begonnen, so daß im Laufe des Tages bereits Stockungen im Güterverkehr eingetreten sind. Die Werkstättenarbeiter der böhmischen Nordbahn haben beschlossen, in den Streik zu treten, wenn nicht die tschechischen Truppen aus Böhmisch-Leipa sofort entfernt werden. Die Werkstättenarbeiter der Aussig—Teplitzer Eisenbahn erklärten sich mit den Beschlüssen der Nordbahnarbeiter solidarisch.

Die Reichskonferenz.

Die Zusammenkunft der Vertreter der deutschen Republiken wird eine Reihe erfreulicher Wirkungen haben. Vor allem hat die Konferenz gezeigt, wie recht wir hatten, als wir die ungeheuerlichen Uebertreibungen, die von dem unmittelbaren Zerfall des Reiches sprachen, als konterrevolutionäre Mache bezeichneten, erfunden, um die sozialistische Neuordnung zu diskreditieren, die Bevölkerung in Angst zu jagen und in ihr die Sehnsucht nach dem „starken Mann" zu erwecken. Herr Solf, der nun hoffentlich erledigte, versuchte diese Panikstimmung auch in die Konferenz zu verpflanzen. Aber das Echo, das er fand, entsprach wohl nicht ganz seinen Erwartungen. Die Vertreter aller Staaten ließen keinen Zweifel, daß sie an der Einheit der deutschen Republik unverbrüchlich festhalten. Einheit in Freiheit ist die Losung, die die Konferenz gefunden hat und für deren Verwirklichung die Macht der revolutionären Arbeiter und Soldaten eintritt.

So erfreulich aber die Klarheit ist, die damit geschaffen ist, so selbstverständlich ist auch dies Ergebnis.

Selbst kapitalistische Vertreter hätten für die Einheit des Reiches eintreten müssen. Ist sie doch eine ökonomische Notwendigkeit. Wie erst Sozialisten. Die Sozialisierung wäre ja gar nicht möglich ohne Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Einheit. Wie sollte Kohle, Eisen, Kali und andere monopolisierte Industrien, deren Standorte sich in verschiedenen Teilen Deutschlands befinden, sozialistisch bewirtschaftet werden, wenn sich das einheitliche deutsche Wirtschaftsgebiet in einzelne Teile zersplitterte. Deshalb konnte es auch über diese Selbstverständlichkeit auf dieser Konferenz gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. War es ja allen Teilnehmern klar, daß wirtschaftlich nicht Lockerung, sondern Zusammenfassung das sozialistische Ziel sein müsse.

Die rein politische Gestaltung, die die künftige Verfassung der einen deutschen Republik festlegen wird, wird durch die demokratische Selbstverwaltung jede auch nur scheinbare Vergewaltigung von einer Zentralstelle aus von vornherein ausschließen und damit allen partikularistischen Treibereien den Boden entziehen. Schon jetzt machen sich, besonders in Norddeutschland Bestrebungen geltend, die auch auf größere politische Einheitlichkeit bei gleichzeitiger Ausdehnung der Selbstverwaltung hinwirken und die Hemmnisse der längst veralteten, nur dynastischen Interessen entsprungenen Kleinstaaterei beseitigen wollen. Die Konferenz konnte natürlich nicht bereits die Verfassungsfrage in ihrem ganzen Umfang aufrollen. Das lag nicht in ihrer Absicht. Wohl aber war die Stimmung überwiegend, hier kein Präjudiz zu schaffen, sondern der künftigen Konstituante freie Hand zu lassen.

Ueber die Unumgänglichkeit der Einberufung der Nationalversammlung herrschte auf der Konferenz Einmütigkeit; alle, auch die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie, haben sich auf diesen Boden gestellt. Auch diejenigen unter ihnen, denen vielleicht die Vereinigung aller Macht in den A.- und S.-Räten bis zur völligen Durchführung der Sozialisierung wünschenswert erschienen wäre, mußten die Unumgänglichkeit der Einberufung der Nationalversammlung anerkennen. Die zwingenden Gründe, die sowohl auf dem Gebiet der auswärtigen als auch auf dem der inneren Politik liegen, sind hier bereits gerade vom prinzipiellen sozialistischen Standpunkt aus entwickelt worden. Aber mit um so größerem Recht wandten sich unsere Vertreter gegen jede unnötige Ueberstürzung, die nur unbegründeter Angst entspringt. Die Nationalversammlung soll der wirkliche Ausdruck des Volkswillens sein. Dazu ist vor allem notwendig, daß vernünftig und daß von allen gewählt werden kann.

Beiden Bedingungen entspricht der Wahlvorschlag nicht, den Scheidemann gemacht hat. Darnach sollen die politischen Parteien oder auch andere Gruppen Kandidatenlisten für das ganze Reich aufstellen und die Wähler für diese Listen stimmen. Die Soldaten würden durch ihren Militärpaß legitimiert werden, für die Zivilpersonen würde auf ihr Verlangen ein besonderer Ausweis ber-

gestellt. Abgesehen davon, daß ein solcher Wahlmodus allen möglichen Mißbräuchen Tür und Tor öffnen würde, wären solche Wahlen auch nichts weniger als Ausdruck der Volksstimmung. So sehr wir gegen zu kleine Wahlkreise bei der Verhältniswahl sind, so ist andererseits das ganze Reich als Wahlkreis ein Unding. Jeder engere Zusammenhang zwischen Wählern und Gewählten würde aufhören, die Wahlen zu einem rein abstrakten Bekenntnis werden. Und das in einem Moment, wo ganz neue Wählerschichten, vor allem die Frauen zum erstenmal zur Wahl gehen sollen!

Dann aber könnte nicht von allen gewählt werden. Die Kriegsgefangenen würden, wie Haase mit Recht meinte, des Wahlrechts beraubt. Andererseits würden jene mitwählen, die entweder später nicht mehr zu Deutschland gehören werden oder wirklich freier Wahlrechtsausübung durch die Besetzung beraubt sind. Denn zur freien Ausübung gehört ja nicht nur die Stimmabgabe, sondern auch die vorherige freie Agitation und unbeschränkte Aufklärungsmöglichkeit.

Aber — und das hat gerade auch der Verlauf der Konferenz bewiesen — eine Ueberstürzung ist gar nicht nötig. Deutschland steht nicht vor der Auflösung, das Ausland verhandelt ohne Einwand mit der Regierung. Nötig ist nur — und darauf haben alle unsere Vertreter mit Nachdruck hingewiesen —, daß keine durch die Kriegsunterstützung kompromittierte Männer an diesen Verhandlungen teilnehmen. Wir hoffen, daß die Regierung die notwendigen Schritte tun und dem dringenden, berechtigten Wunsch der Konferenz nachkommen wird. Dann wird auch der Abschluß des Präliminarfriedens, den das ganze deutsche Volk herbeisehnt, beschleunigt werden.

Indem die Konferenz die Einheit der Republik verkündete, die A.- und S.-Räte als Repräsentanten des Volkswillens proklamierte, die Einmütigkeit über die nächsten Aufgaben aufzeigte, hat sie die Stellung der sozialistischen Regierung gestärkt, die der Gegenrevolutionäre geschwächt. Mit größerem Selbstvertrauen können, mit größerer Energie müssen die Volksbeauftragten an die Fortsetzung ihrer Arbeit gehen.

Sie müssen politisch durchgreifen und wirtschaftlich die ersten Schritte zur Sozialisierung gehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Arbeit der Konferenz unergiebig geblieben. Sie hat sich begnügt, nur zu sagen, was nicht geschehen soll. Hier wird die Regierung ohne Zweifel schon in allernächster Zeit vorangehen, die allgemeinen Grundsätze der Sozialisierung proklamieren, den Zusammentritt der dazu beauftragten Kommission veranlassen, die in möglichst kurzer Zeit die notwendigen Maßnahmen vorschlagen muß.

Die Bahn für gute, sozialistische Arbeit ist frei, die Regierung muß sie entschlossen beschreiten und die Massen acht haben, daß sie nicht verlassen wird.

Sitzung des Vollzugsrats.

Eine Rede Eisners.

Der Vollzugsrat trat gestern zu einer Vollsitzung zusammen. Der Vorsitzende eröffnete die Tagung mit der Mitteilung, daß große Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin eingetreten und weiter zu erwarten sind. Der Grund ist in den wachsenden Gegensätzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Der Umwandlung der Akkord- in Lohnarbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit wird der größte Widerstand entgegengesetzt.

Ein Redner begründete diesen Widerstand mit der Furcht der Unternehmer vor der bevorstehenden Sozialisierung der Betriebe. Allgemein kommt die Meinung zum Ausdruck, daß das Unternehmertum zur passiven Resistenz übergeht. Nach längerer Debatte einigte sich die Versammlung auf den Vorschlag, am Mittwoch, den 27. November, 10 Uhr, in den Germania-Prachtsälen eine Versammlung der Berliner Arbeiterräte einzuberufen, die sich lediglich mit den Betriebsfragen beschäftigen und in der ein Mitglied der Reichsregierung referieren soll.

Zwei Mitglieder der preußischen Regierung erscheinen und ersuchen den Vollzugsrat um Entscheidung, ob der Justizminister Spahn bestätigt werden soll. Aussprache und Abstimmung ergeben einmütige Uebereinstimmung, daß er nicht bestätigt wird. Dagegen werden bestätigt: Simon (Handelsministerium), Paul Hoffmann und Brunner (Eisenbahnministerium) und Wolfgang Heine neben dem bereits bestätigten Dr. Rosenfeld (Justizministerium).

Der Vollzugsrat beschließt, seine programmatischen Beschlüsse als Flugblätter in Massenauflagen im Lande zu verbreiten.

Der bayerische Ministerpräsident Eisner berichtet unter gespannter Aufmerksamkeit über den Verlauf der Revolution in Bayern, indem er gleichzeitig seine Ansichten über den Ausbau derselben, sowie über die Stimmung in Bayern vorträgt. Er schloß mit dem Appell zu demokratischer praktischer Arbeit und zur Ausgestaltung der A.- und S.-Räte als Ersatz für den bürgerlichen Parlamentarismus, der Bankrott gemacht habe. Hieran schloß sich eine ausgiebige Diskussion, in der sich große Uebereinstimmung mit den Eisnerschen Ansichten zeigte, vor allem über die Ablehnung weitgehender sozialistischer Experimente im gegenwärtigen Augenblick.

In der Diskussion ergriff Eisner nochmals das Wort und erklärte, daß nach seiner authentischen Kenntnis der Dinge weder Clemenceau noch Lloyd George noch gar Wilson daran denken, den Frieden einer sozialistisch-radikalen Regierung zu verweigern und diesen von der Einberufung der Nationalversammlung abhängig zu machen. Vielmehr komme es der Entente nur darauf an, mit einer Regierung zu verhandeln, die die Massen hinter sich habe. Sie würde gerade umgekehrt mit Leuten, die durch ihre Zustimmung zum Kriege kompromittiert seien, und die ihr daher immer noch als Stützen der früheren deutschen Anschauungen erscheinen, einen Frieden nur unter schwersten Bedingungen schließen. Er fügte hinzu, daß seine Stellung zur Nationalversammlung von der weitaus überwiegenden Mehrheit des bayerischen Volkes geteilt werde.

Der Ernst der wirtschaftlichen Lage.

Einem Pressevertreter gegenüber machte der Staatssekretär des Reichsamtes für wirtschaftliche Demobilmachung, Dr. Koette, Mitteilungen über die Aufgaben des Demobilmachungsamtes und über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage.

Für die wirtschaftliche Demobilmachung, erklärte der Staatssekretär, ist natürlich alles eingespannt, was wir an alten und neuen, zentralen und lokalen Aemtern und Behörden, an halbamtlichen und privaten, wirtschaftlichen und sozialen Körperschaften und Vereinigungen besitzen. Um das Riesenwerk der Demobilmachung zu bewältigen — und seine Bewältigung ist jetzt schlechterdings die Lebensfrage für das deutsche Volk und das deutsche Reich —, müssen alle Kräfte unserer Wirtschaft zu einer lückenlosen, unter Hochdruck wirkenden Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen werden. Alle Teile des ungeheuren Mechanismus müssen ineinandergreifen, nirgends darf ein Rad auch nur einen Augenblick stocken oder leerlaufen; denn jede Unordnung, jedes Versagen an irgendeiner Stelle pflanzt sich fort und bedroht das Ganze. Für dies Zusammenarbeiten fortlaufend die einheitlichen Richtlinien auszugeben, die Arbeitsorgane zusammenzubringen und dauernd zusammenzuhalten, ihre Initiative anzuregen und lebendig zu erhalten, Hindernisse des Zusammenwirkens sofort aus dem Wege zu räumen, darüber zu wachen, daß überall das Nötige nicht nur angeordnet, sondern auch mit intensivster Kraftanspannung ausgeführt wird, das ist die Aufgabe des Amtes. Wir wollen sie lösen mit Hilfe von Fachgruppen und Fachbeiräten aller wichtigen Wirtschaftszweige, in denen überall Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchaus paritätisch vertreten sind. Auch bei der Wahl meines engeren fachlichen Mitarbeiterstabes wird diese Parität grundsätzlich gewahrt.

Ueber die gegenwärtige Wirtschaftslage befragt, führte der Staatssekretär aus:

Es scheint, daß die Meisten von uns sich den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage noch nicht hinreichend klar machen. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verschlingen drohen, und nur größtes Pflichtbewußtsein, stärkste Arbeitsanspannung, eiserne Disziplin aller können das Volk retten. Gelingt es uns nicht, der Volksgesamtheit Nahrung, Licht, Wärme, Unterkunft, Kleidung zu sichern, sie trotz der ungeheuer erschwerenden Verhältnisse überall ohne Unterbrechung mit dem zu versorgen, was sie dringend zum Leben braucht, dann sind wir verloren, dann haben wir zuerst Hunger, Anarchie, Bürgerkrieg, Zerfall des Reichs und nachher die Invasion rücksichtsloser Feinde.

Jedermann muß wissen, daß er jetzt ganz persönlich die Mitverantwortung trägt für Sein oder Nichtsein unseres Volks und in erster Linie auch seiner selbst.

Vor allem muß jeder arbeiten — sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung gesunken. Das ist im Angesicht der ungeheuren Ereignisse begreiflich; aber wir können es uns weiterhin einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus Erregung, Ablenkung oder Unlust herausreißen und unermüdlich seine Pflicht tun. Wenn z. B. ein Arbeiter, der Rohstoffe, Halbfabrikate oder Nahrungsmittel erzeugt oder Transporte bewegt, nicht mithilft, dann kann das bedeuten, daß an anderen Stellen Volks- und Arbeitsgenossen brotlos werden, hungern, frieren. Es müssen jetzt auch Arbeitseinstellungen vermieden werden; jeder Streik kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineintreiben.

Wenn wir keine Kohle mehr haben, weil die Kohlenarbeiter streiken, liegen die Betriebe still, ruht der Eisenbahnverkehr, können wir keine Lebensmittel und keine Heizstoffe mehr befördern. Das wäre das Ende, wäre der Tod für die Volksgemeinschaft und für zahllose einzelne Volksgenossen. Es wird jetzt auch nicht gestreikt werden müssen, denn die Vertretungen der Arbeiter sind heute stark genug, um jede wirtschaftlich überhaupt mögliche Forderung durchzusetzen. Auf jeden kommt es heute an; jeder kann mitwirken, um das Volk zu retten oder kann dazu beitragen, es in unsägliches Elend hinabzustoßen. Ich glaube an die deutschen Arbeiter; ich glaube, daß sie besonnen, pflichttreu und unermüdlich aus der Not von heute dem Volke zu einer besseren Zukunft helfen werden.

Die Beziehungen zwischen Wien und Berlin.

Der neue Gesandte Deutsch-Oesterreichs in Berlin, der bekannte Sozialist Dr. Ludo M. Hartmann, stellte einem Pressevertreter gegenüber in Aussicht, daß auch aus den österreichischen Akten in den nächsten Wochen eine zusammenhängende Veröffentlichung als Ergänzung zu den bisher bekannt gewordenen Dokumenten über den Krieg und über das Ultimatum an Serbien erscheinen solle.

Dr. Hartmann äußerte sich dann auch noch über die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Deutsch-Oesterreich und der Berliner Regierung: „Meine eigentliche Aufgabe ist hier, die Beziehungen zwischen der neuen Wiener und der Berliner Regierung noch enger zu gestalten und besonders den Beschluß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung über den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland wahrzumachen. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß Deutsch-Oesterreich auch wirtschaftlich nicht ohne Deutschland leben kann, und dem widerspricht auch nicht, daß nach der Bildung der Nationalstaaten infolge des Aufhörens der nationalen Reibungen das politische und wirtschaftliche Verhältnis zwischen Deutsch-Oesterreich und dem tschechoslowakischen und den anderen Staaten des alten Oesterreich ein durchaus freundnachbarliches werden kann. Eine andere Lösung als der Anschluß der deutsch-österreichischen Gebiete an Deutschland in irgendeiner Form könnte nur in einem Gewaltfrieden diktiert werden, der nicht nur dem Geist der Wilsonschen Prinzipien widerspräche, sondern auch den Anlaß für unübersehbare europäische Komplikationen bilden würde."

Ein Aufruf des Zentrums.

Die Zentrumspartei veröffentlicht einen Aufruf an die „Bürger und Bauern im deutschen Vaterland". Bürger und Bauern sollen die neue Regierung unterstützen „zur Erhaltung der Ordnung" und „zur Abwendung des unbeschreiblichen Elends eines Bruderkrieges". „Russische Zustände sollen bei uns nicht einreißen, was uns auch sonst Schreckliches widerfahren ist."

An die Bauern im besonderen wird der Appell gerichtet:

„Ihr, die Ihr das Land bebaut, tut Euch zusammen zur Belieferung der notleidenden Städte. Ihr werdet damit der Verzweiflung des Hungers und dem Aufkommen des Bolschewismus den stärksten Damm entgegensetzen. Ihr werdet damit den jetzigen Machthabern auch jeden Vorwand nehmen, Euch durch Gegenmaßnahmen zu vergewaltigen, die auch Euch das zusammengebrochene System unerträglich gemacht haben. Bildet Bauernräte, vereinigt Euch!

An die Mittelständler in den Städten ergeht die Aufforderung:

Ihr in den Städten tut Euch zusammen zu wirksamer Selbsthilfe. Mancherlei Organisationen hat sich der selbständige Mittelstand bereits früher in Friedenszeiten aufgebaut. Sie gilt es neu zu beleben und auszugestalten. Erhebt Eure Stimmen in den neuen Verwaltungen der Städte und Gemeinden und vervielfältigt das Wort des einzelnen durch Euren Zusammenschluß in Bürgerausschüssen und Bürgerräten!

Natürlich fehlt auch der Appell nicht zum Zusammenschluß in der Zentrumspartei. Von der Regierung wird eine „gerechte Gesetzgebung" gefordert, die „den Schwachen schont". Dann wird

Sozialismus und Künstler.

Gegenüber den Aufrufen und Erklärungen, die in der letzten Zeit aus intellektuellen und künstlerischen Kreisen ergingen, möchte ich hier im Namen der seit jeher sozialistisch denkenden Künstler zum Thema: Kunst und Sozialismus, zur Frage: was sozialistische Künstler vom neuen Volksstaat erwarten —, eine Stellungnahme formulieren.

Es ist dabei selbstverständlich, daß die soziale Ueberzeugung und Weltanschauung eines Künstlers oder geistigen Arbeiters nicht als entscheidender Faktor oder als ein Vorzug in der Bewertung der Qualität seiner Arbeit gelten kann. Kunst-Können wird unter allen Umständen entscheidend und ausschlaggebend sein. Nicht die Gesinnung, und sei sie die lauterste und bewußteste.

Aber etwas anderes ergibt sich aus der Stellung des sozialistisch denkenden Künstlers. Sein Bewußtsein des tiefsten Zwecks aller Künste und geistigen Arbeiten im Hinblick auf die sozialistische Menschheit, nach ihrem Bedürfnis und Anteil daran. Seine Bereitschaft und Erwartung auf Aufgaben in dieser Arbeit von seiten des Staates oder der sozialistischen, kollektiven Körperschaften, Genossenschaften usw. für die Gesamtheit.

Unter der Herrschaft des Kapitalismus ist Kunst und geistige Arbeit eine Ware geworden, wie jede andere. Der Künstler mußte für den Markt produzieren, und wenn er ihn durch irgendwelche Anpassung nicht erreichte, blieb er als geistiger Arbeiter isoliert, in seiner wirtschaftlichen Existenz erniedrigt und gefährdet. Die Jugend fast aller großen Künstler, vielfach durch ihr ganzes Leben, war und ist Proletariat, Armut und Entbehrung. Die Kunst selbst spiegelt in ihrem Charakter die zwei Extreme: eine isolierte, in ihren Mitteln und Formen abstrahierte, subjektive Kunst für Künstler — und eine Art industrielle Kunst für die Bedürfnisse der breiten Massen. Letztere vielfach übergehend oder selbst in ihrer Art verdrängt durch die reinen Industrieprodukte, die sich als „Kunst" reklamieren. Dazwischen die Kunstprodukte für spezielle Erfordernisse dieser oder jener speziellen Nachfrage. Der großindustrielle Siegeszug, der die letzten ehrlichen Kunstgebilde der Manufaktur und des Handwerks untergehen ließ, schuf durch die Unechtheit und Scheußlichkeit seiner Ersatzmittel ein Massengrab ästhetischer Werte. Mehr als je „befriedigte" das industrielle Zeitalter alle möglichen Bedürfnisse, die irgendwie mit Kunst, mit Sehnsucht nach schönen und genußgebenden Dingen — verwandt waren. Trotzdem hat es keine Bereicherung der großen Masse, die die betrügerische Afterkunst und die Nachahmungen aller zweckmäßigen Formen und Dinge kaufte, gebracht. Ja, sie hat Schlimmeres angerichtet, sie hat die Entwicklung aller, zum Verständnis der Kunst und der Qualität aller Arbeit, in die Irre geleitet und unterbunden. Sie schuf die Unfähigkeit, Gesundes und Sinnvolles, Prächtiges und Charaktervolles, Kühnes und Echtes — von Wohlfeilheit, Täuschung, Sensationen, Lüsternheit und Banalität unterscheiden zu können. Trotz allen Höchstleistungen einzelner Künstler und geistiger Arbeiter und Denker auf allen Gebieten sucht man die Kunst „als den konstruktiven Geist der Ordnung und Harmonie, den Sinn für Proportionen der Kraft der Gestaltung, die alle Formen menschlichen Daseins veredeln soll" im Lebensausdruck aller, vergeblich. Dieser Lebensausdruck aller wurde bestimmt und vergewaltigt durch stärkere Gesetze, als die einer Summe von ideellem Willen, durch die kapitalistischen Gesetze, die jede Arbeit, alle Dinge der Produktion, dem Geld- und Profiterwerb in erster Linie dienstbar machte. Der Anspruch zu einer Umwälzung in diesen Dingen kann nicht heißen: das verlorengegangene und persönliche Kunsthandwerk einer vergangenen Epoche künstlich wieder aufzubauen. Aber — er muß heißen: alle von nun an zu produzierenden Dinge, auch des täglichen Gebrauchs, sei die Produktion schon sozialisiert, oder nicht, unter die Kontrolle eines wahrhaft künstlerischen Willens und Gewissens zu bringen. Eine Maßnahme, die in unendlich vielen Fällen nicht eine Kompliziertheit, sondern eine Vereinfachung der heutigen Produktion mit ihrer Formen- und Materialanarchie bedeutet.

Der ideelle Wille und die Tatkraft der Arbeiter in den letzten Jahren hat für gewisse Gebiete der Kunstdarbietungen, Theater und Musik besonders, viel Gutes erbracht. Doch konnten alle diese Vorstöße nicht die Annäherung erwirken, die Künstler und Volk wieder brauchen, um in einen lebendigen Kontakt zueinander zu gelangen, und bis heute ist noch nicht eine der Forderungen erfüllt, die Kunstinstitute, wie etwa das Theater, ihrem Kunstzweck zurückgeben könnte; etwa die Forderung Richard Wagners, schon damals eine soziale Forderung: „daß das Theater, um zur Kunst zu gelangen, aufhören müßte, ein industrielles Unternehmen zu sein". Noch konnte die Revolution die Bedingungen nicht schaffen, mit denen die Gesellschaft den Konsum ihrer künstlerischen Kultur auf allen Gebieten bestimmen, d. h. freigeben könnte. Jedes große Kunstwerk, jede große Tat aber hat den Menschen selbst, und nichts anderes als Selbstzweck, heute und jemals. Es kann sich nicht verkaufen, seinem Sinn nach ist es ein Geschenk an die Gesamtheit von vornherein. Die große geistige, soziale Gebärde, welche alle Dinge, dem Einzelleben nicht bewußt, und doch ihm entstammt, zu einem organischen Ganzen verständlich macht, in eine bestimmte Schöpfung gestaltet — gehört allen, kommt vom Geiste aller und will wieder zum Geiste aller. Marx' Lebenswerk — wer könnte es bezahlen — ihm selbst brachte es nicht einmal den Unterhalt eines Lebensteils. Aber der Schöpfer solcher Schöpfungen sei ebenso getragen von allen und nicht gezwungen, mit den besten seiner Geschenke hausieren zu müssen. Das ist eine der sozialen Forderungen, die weiterhin zu besprechen sind. Es ist oft gesagt und geschehen: daß Kunst und Wissenschaft sich im kapitalistischen Staat unter den Schutz des Sozialismus stellen mußten. Praktisch wichtig werden wird dieser Schutz nur in einem sozialistisch beherrschten Staat, wo die Dinge der Kunst und Wissenschaft für alle frei gemacht werden sollen. Die Kunst soll nicht dem Volke dienen in jenem buchstäblichen Sinne, wie wir wünschen können, daß alle Geräte, alle Techniken und notwendigen Dinge unseres Daseins uns dienen sollten, denn die Kunst ist, sozial gesehen, die freieste und souveränste Tat unserer Fähigkeiten, und ihr Reichtum und ihr Ueberfluß, also der Reichtum und Ueberfluß einer Gesellschaft kann es möglich machen, daß sie alle Zeit Geschenk sei. Aber es schließt sich hieran die Erwartung, daß der soziale Staat Mittel finde und Willen habe, das zu realisieren. Ebenso: daß dieser Staat unter strengster Liberalität und strengster Verantwortlichkeit seiner Vollzugskräfte den Schutz und die Freigabe künstlerischer und wissenschaftlicher Werke fördert, gleichviel welcher Gesinnung sie entstammen, wenn sie nur restlos gut sind, ihren künstlerischen Selbstbeweis in sich selbst tragen. Das sind nur die allgemeinen Richtlinien der Erwartung, welche Künstler und Geistarbeiter, die sozialistisch denken, von einem sozialistischen Gemeinwesen haben können. Unendlich viel der Einzeldinge sind zu erörtern; sie alle aber gehen aus von der Erkenntnis, daß Kunst und Lebensbedürfnis jeder Art zusammengehören, und daß die Isolierung von Volk und Künstler eine Groteske des Kapitalismus ist und nichts anderes.

Eine Epoche mag abschließen mit der Leere und Nichtigkeit

immer wieder das Schreckgespenst des Bolschewismus an die Wand gemalt, und schließlich natürlich auch hier der Ruf nach schleunigster Einberufung der Nationalversammlung aufgenommen:

„Die Nationalversammlung — sie muß kommen, denn ohne sie gibt es keinen Frieden nach außen, da auch unsere Feinde mit einem in Gesetzlosigkeit aufgelösten Deutschland keinen Frieden schließen.

Die Nationalversammlung — sie muß kommen, denn ohne sie ist auch kein Zustand denkbar, der die friedliche Entfaltung aller Kräfte des Volkes, ein neues Deutschland sichert."

Die ukrainischen Kommunisten an die deutsche Regierung.

Moskau, 25. November. (Rosta.) Die ukrainische kommunistische Parteileitung hat am 20. November folgenden Aufruf nach Berlin gesandt:

Wir erinnern daran, daß vor der Besetzung der Ukraine und Rußlands dort eine Rätemacht aus Arbeitern und Bauern bestand, ähnlich der, für die jetzt die Arbeiter und Soldaten in Deutschland kämpfen. Unter dem Vorwand, Ordnung schaffen zu müssen, hat der deutsche Imperialismus diese Räte vernichtet und die Macht zuerst an die Zentral-Rada und dann an den Hetman übergeben. Der Achtstundentag wurde aufgehoben, die Fabriken, Betriebe und Banken an die Kapitalisten zurückgegeben, Tausende von Arbeitern und Bauern fielen der sogenannten Ordnung zum Opfer.

Wir stellen nun die Frage, welche Politik die neue deutsche Regierung in den besetzten Gebieten führen wird, nachdem der deutsche Militarismus als liquidiert betrachtet werden kann. Der Aufruf weist auf die eingegangene Mitteilung hin, es bestehe ein Uebereinkommen zwischen der deutschen sozialistischen Räteregierung und den Alliierten, daß die deutsche Armee zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zum Schutze der Gutsbesitzer in der Ukraine bleiben soll, bis die alliierte Armee anlangen würde. Möge die deutsche Regierung den ukrainischen Arbeitern und Bauern antworten, mit wem sie zu tun hätten: mit einer verbündeten Regierung oder mit derselben feindlichen Macht, wie die des Kaisers. Die Ententemächte rücken in der Ukraine vor. Wir wollen wissen, ob sie die Absicht haben, Verräter an den ukrainischen Arbeitern und Bauern zu werden und das englisch-amerikanische Kapital zu unterstützen, sie zu erwürgen oder ob sie mit uns zusammen den Imperialismus bekämpfen wollen.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Verfasser des obenstehenden Aufrufes von völlig falschen Voraussetzungen ausgehen, wenn sie annehmen, die deutsche Regierung könnte jetzt eine aktive Politik in der Ukraine wie in allen anderen bisher besetzten Ostgebieten treiben. Die Sympathien der revolutionären Soldaten und Arbeiter Deutschlands gehören selbstverständlich den unterdrückten Volksmassen in den besetzten Ostländern. Sie haben auch zur Zeit der größten Triumphe des deutschen Imperialismus keinen Hehl daraus gemacht, daß sie die Unterdrückungspolitik der damaligen deutschen Regierung, ihr Bündnis mit den gegenrevolutionären Klassen und Parteien, ihr Bestreben, die Rolle eines Weltgendarmen zu spielen, auf das entschiedenste verurteilen und bekämpfen. Die Wortführerin der revolutionären Klassen Deutschlands, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, hat unter Aufbietung aller Kräfte gegen die Schmach von Brest-Litowsk, gegen den ukrainischen „Brotfrieden", gegen die Unterdrückung der ukrainischen Rätemacht, gegen das Bündnis mit dem Hetman Skoropadski gekämpft. Auch unsere Freunde und Gesinnungsgenossen in den Reihen der deutschen Besatzungstruppen in der Ukraine haben kein Hehl daraus gemacht, wem ihre Sympathien gehören, und sie haben durch Aufdeckung der Scheußlichkeiten des deutschen Okkupations-Regimes unseren Kampf gegen den deutschen Imperialismus gefördert und unterstützt. Nun aber, nachdem der deutsche Imperialismus unter den Schlägen der Entente-Armeen und unter der Last seiner Verbrechen und Sünden zusammengebrochen ist, hat sich die Lage außerordentlich verschoben. Der Friede von Brest-Litowsk ist liquidiert, aber die Bedingungen dieser Liquidation werden nicht von uns bestimmt, sondern von der siegreichen Entente diktiert. Die uns aufgezwungenen Waffenstillstandsbedingungen sehen auch für die Räumung der Ukraine und der andern Ostgebiete bestimmte Normen vor, die zu ändern die deutsche Revolutionsregierung zur Zeit nicht in der Lage ist. Es ist deshalb völlig falsch, wenn in dem Aufruf der ukrainischen Kommunisten von einem „Verrat" an den ukrainischen Arbeitern und Bauern, von einer „Unterstützung" des englisch-amerikanischen Kapitals gesprochen wird. Die deutsche Revolutionsregierung ist etwa in derselben Lage wie die Regierung Lenins nach dem Abschluß des Brester Friedens, wo die finnischen, die lettischen, die ukrainischen Arbeiter und Bauern von der Moskauer Sowjetregierung in Stich gelassen werden mußten, um für die Revolution eine „Atempause" zu schaffen. Sie kann vorläufig auch nur wie jene an der inneren Festigung der Revolution arbeiten und an das internationale Proletariat appellieren, um der imperialistischen Gewaltpolitik Einhalt zu gebieten.

Die Entente in Südrußland.

Kiew, 25. November. Eine offizielle Mitteilung der ukrainischen Regierung erklärt, daß laut aus Jassy erhaltenen Nachrichten die Ententemächte die volle Unterstützung des Hetmans und seiner Regierung beschlossen haben. Die gegen die Regierung des Hetmans gerichtete nationalistisch-ukrainische Erhebung werde von ihnen verurteilt. Eine Erklärung der Entente über die Ziele ihrer Truppen in der Ukraine steht bevor. Die Truppen der Salonikiarmee rücken durch Rumänien vor. Die Flotte wird bald in Odessa eintreffen. Ein diplomatischer Vertreter der Entente ist bereits auf dem Wege nach Kiew.

Das endgültige Wahlergebnis in Dresden.

Das endgültige Ergebnis der Dresdener Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat zeigt folgende Stimmenzahlen:

117 568 Stimmen auf die Mehrheitssozialisten,
8 440 Stimmen auf die Unabhängigen,
2 414 Stimmen waren ungültig.

Die Mehrheitspartei erhält demnach 47 Sitze und die Unabhängige Partei 3 Sitze im Arbeiter- und Soldatenrat. Im Arbeiter- und Soldatenrat sind außerdem 50 Soldaten vertreten, die nach dem „Vorwärts" zu vier Fünfteln gleichfalls der Scheidemannschen Richtung angehören.

Es muß bemerkt werden, daß an den Dresdener Wahlen nicht nur Arbeiter teilnahmen, sondern auch Angestellte und andere mehr oder weniger bürgerliche Kreise. Die bürgerlichen Blätter setzten sich natürlich mit Lebhaftigkeit für die Liste 1 ein, die von den Scheidemannschen Sozialisten aufgestellt war.

„Beutegut."

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Man hört so viel von Beutegeld und Beutegut sprechen, daß man sich mit der Art der Verrechnung dieses Beutegutes, das an die Kriegsgesellschaften ging, näher beschäftigen müßte.

Es handelt sich hierbei um Rohstoffe (Leder, Metalle usw.), die in den feindlichen Ländern erbeutet und zu hohen Preisen an die Kriegsgesellschaften abgeliefert wurden. Der Erlös ging den betreffenden Militärkassen zu. Was ist mit diesem Gelde geschehen? Wieviel wurde als Beutegeld an die Regimenter verteilt und nach welchem Verhältnis erfolgte die Verteilung? War der gewöhnliche Mann besser gestellt als der Feldwebel und der Feldwebel besser als der General? Es muß festgestellt werden, wohin diese Gelder gekommen sind.

Es ist bekannt, daß Offiziersfamilien, die sich im Frieden nur kümmerlich über Wasser hielten, während des Krieges einen übertriebenen Luxus entwickelten. Wo sind die Mittel für einen solchen Aufwand hergekommen?

Aber nicht allein in den höheren, auch in den niederen militärischen Stellen müßten Nachforschungen angestellt werden; vor allem Lazarettinspektoren, Zeugfeldwebel und ähnliche militärische Chargen sollen sich durch Verkauf von Kakao, Zucker, Verbandzeug, Decken usw., sehr bereichert haben. Alle Militärkassen müßten von sachverständiger Seite einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Organisation der Arbeitsbeschaffung für die heimkehrenden Krieger.

Die Kriegsamtstelle in den Marken gibt folgende Weisungen:

Jeder muß soweit nur möglich und aus freiem Willen in die Gegend und in die Stellung zurück, in der er sich am 1. August 1914 befunden hat.

Jeder bemühe sich daher, mit seinem damaligen Arbeitgeber in Verbindung zu treten. Die Arbeitgeber sind gehalten, soweit es die Rohstoffversorgung nur ermöglicht, jeden Arbeiter und Angestellten wieder an seinen alten Platz zu stellen.

Jede Arbeitsgelegenheit muß sofort zur Unterbringung der vielen dann noch bleibenden Arbeitslosen ausgenutzt werden. Daher muß jede freie Stelle, die zu vergeben ist, sofort den Arbeitsnachweisen und soweit solche nicht bekannt sind, der Zentralauskunftsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg, Berlin, Stralauer Brücke 7, gemeldet werden. Bei diesen Stellen sind vorgedruckte Karten für zahlenmäßige Anforderungen von Arbeitskräften zu haben.

Jeder Arbeitsuchende wendet sich an den zuständigen Arbeitsnachweis. Bei den Truppenteilen liegen Verzeichnisse der Arbeitsnachweise aus.

Nur so ist eine rasche Arbeitsvermittlung gesichert.

Jeder Arbeitgeber und -nehmer muß nach diesen Grundsätzen handeln und jeder muß helfen, das Verständnis und damit die freiwillige Mitarbeit hierbei zu wecken.

Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

Berlin, 24. November. Durch den Waffenstillstandsvertrag ist die alsbaldige Freigabe sämtlicher in deutscher Hand befindlicher Kriegs- und Zivilgefangener ohne Gegenseitigkeit bestimmt worden. Hinsichtlich der Heimschaffung der Kriegsgefangenen sind zugleich sämtliche früheren Abmachungen mit Einschluß der soeben ratifizierten deutsch-englischen Gefangenenvereinbarung vom 14. Juli d. J. für ungültig erklärt worden. Die Britische Regierung vertritt die Auffassung, daß diese Vereinbarung dadurch, abgesehen von der darin vorgesehenen Entlassung der in neutralen Ländern Internierten, völlig hinfällig geworden sei. Dagegen ist die Deutsche Regierung der Ansicht, daß die Vereinbarung, die auch die Heimbeförderung aller Zivilpersonen festsetzt, insoweit und in den Bestimmungen über die Behandlung der Gefangenen aufrecht erhalten bleibt. Deutscherseits sind daher die nötigen Schritte unternommen worden, um durch Vermittlung sowohl der Niederländischen Regierung als auch des Heiligen Stuhls diesen Standpunkt bei der Britischen Regierung vertreten zu lassen. Es erscheint ein Gebot der Menschlichkeit, in den Ententestaaten zum mindesten die Heimbeförderung der kranken und verwundeten deutschen Kriegsgefangenen sowie der nicht wehrfähigen Zivilpersonen fortzuführen und für die zurückbleibenden eine angemessene Behandlung sicherzustellen.

Aus der Internationale.

Stockholm, 25. November. Laut „Socialdemokraten" hat der augenblicklich in England weilende holländische Sozialdemokrat Senator van Kol Branting telegraphisch mitgeteilt, Vandervelde habe Huysmans gebeten, die Ansicht der dem belgischen Sozialistenbureau angeschlossenen nationalen Parteien in bezug auf die Einberufung des Bureaus zur Vorbereitung einer Konferenz in Brüssel einzuholen. Das Exekutivkomitee werde Montag in Brüssel zusammentreten.

„Socialdemokraten" zufolge hat der Hauptvorstand der sozialdemokratischen Frauen Schwedens an die weiblichen Parteigenossen in England folgende Depesche gesandt: Indem wir unsere tiefe Freude über die Beendigung des Krieges ausdrücken, sprechen wir die Hoffnung aus, daß die Internationale bald zusammentritt. Wir bitten Euch, auch zu tun, was Ihr könnt, damit die Waffenstillstandsbedingungen so ausgelegt werden, daß sofort Lebensmittel nach Deutschland geschickt werden, damit während der Umwälzung die Ordnung aufrechterhalten werden kann.

Für internationale Solidarität.

Bern, 25. November. Longuet verwahrt sich im „Populaire du Centre" sehr scharf gegen die Hetze in den Ententeländern, die lediglich bezwecke, eine Einigung des Proletariats in der ganzen Welt zu verhindern, das in keinem Falle und in keinem Lande die Verantwortung für das vergossene Blut trage. Besonders verdammenswert sei die Hetze wegen der angeblichen Greueltaten der Deutschen. Bei der Bekämpfung dieses Haßgefühls habe auch die deutsche Arbeiterschaft eine große Aufgabe zu erfüllen. Es wäre daher gut, wenn auf dem nächsten Kongreß der Internationale die Verbrechen aller Länder, besonders aber auch die des kaiserlichen Deutschland zur Sprache gebracht würden, wodurch die Solidarität der Arbeiter wirksam gefördert werden könnte.

---

und der rohen Zweckmäßigkeit alles dessen, was wir um uns schaffen müßten. Ein neues Dasein sollte die Arbeit herbeirufen, die diesem Dasein Sinn und Glanz, Befriedigung, Freude und Farbe des Lebens verleihen könne. Die Künstler stehen draußen im künstlichen Licht, in einer Buntheit von Farbe, im vielstimmigen Chor von Stimmen, in Vorstellungen und Plänen von Architektur, Bild, Ton, Farbe, Gerät — mit der Sehnsucht nach Raum, nach Schaffen für volkliches Bedürfnis. Die Kunst herausgedrängt aus dem allgemeinen sozialen Zusammenhang volklichen Lebens, naiver Lebensfreude, erster Bedürfnisse, wird ihr Sonderdasein für Luxuswinkel und für außerordentliche Repräsentationen gern und willig aufgeben, wird die Quellen wiederfinden, die durch die Trennung von Volk und Künstler unerreichbar wurden. Das kann nicht gleich geschehen und nicht als ein Programm, aber es kann geschehen, wenn man die sozietären Wege nicht vergißt, die heute gegeben sind, besonders, wenn man daran gehen kann, staatliche Kunstaufgaben zu stellen; daß hierbei der Gedanke an die absolute Güte und Qualität der Dinge neben dem des realen Zweckes einer Sache eines Hauses, oder was immer es sei, betont werde. Aufgabe eines sozialistischen Staates oder seiner Körperschaften ist auch die Berufung der geeignetsten Kräfte hierzu.

Die tiefsten Künstler werden alle Zeit gewußt haben, daß das Schöne und sein sinnlicher und geistiger Genuß auch der Inhalt jeder Kunst, für die Zukunft, kein Programm und keine Anordnung hat, sondern als zufällig, fast als Atmosphäre gegenwärtig aus einem Ueberfluß der Vielheit durch die Summe unendlich vieler Leben, sich darbieten muß. Von einer Gesellschaft ohne diesen Ueberfluß der Anwendung von Erkenntnissen, war der bisherige Zustand selbstverständlich. Eine sozialistischbewußte Gesellschaft dagegen, soll Kunst, wie Brot — aus einem volkswirtschaftlichen Ueberfluß erzeugen und verschenken können, und jedes Produkt vollkommen schön, d. h. vollkommen zweckmäßig und ehrlich entstehen lassen. Vom Verständnis für die Schönheit dieser einfachen Dinge bildet sich das Verständnis für alle Kunst überhaupt. Das beste ist für alle und für die bisher Aermsten, gerade gut genug. Danach stelle man alle geistigen und künstlerischen Mitarbeiter ein.

Ich rede hier nicht als Repräsentant einer Kunstrichtung, sondern von Kunst und Kunstarbeit auf das Ganze bezogen. Ich meine den schöpferischen Begriff des Lebens in der Möglichkeit aller Leben. Vom Möbel und Geschirr des Arbeiters an bis in die Möglichkeit jedes abstrakten und seelischen Kunstbedürfnisses. Nicht vom Lebendigmachen und Verteilen bloßen Genusses oder Behagens, nicht von „Aesthetik", sondern vom Bewußtwerdenlassen und Pflegen des schöpferischen und gestaltenden Wesens im Dasein aller. Unendliche Aufgaben auch hier, aber seit langem ersehnt und erhofft von vielen. Aufgaben, die der soziale Staat, seiner großen kulturellen Tendenz zufolge, zu erfüllen hat und zu denen viele Arbeiter des Geistes und der Künste sich freudig und willig zu Rat und Dienst melden.

Lu Märten.

Finnland hebt sich.

Das „Land der tausend Seen" ist unzweifelhaft das geologisch merkwürdigste Stück Europas. Ueber den fortwährenden Umbildungsprozeß, der dem finnischen Boden sozusagen alljährlich eine neue Gestalt gibt, hat sich ein Gelehrter Finnlands in beredten Worten geäußert: „Finnland hat sich aus der Ostsee erhoben," schreibt er, „und es erhebt sich noch immer aus ihr, vom Meere durchtränkt. Unter dem Granitgrunde des Landes und des Meeres arbeitet still, aber unaufhörlich das unterirdische Feuer. Kein Vulkan, kein Geysir, nicht einmal eine warme Quelle, nur manchmal eine leichte Erderschütterung verrät sein Dasein. Es vermag nicht die dicke Rinde zu sprengen, mit der die Polarkälte seinen Herd umgeben hat, es vermag nur die darüber liegende Erdkruste zu kräuseln, ein Gebiet zu heben, ein anderes zu senken. Langsam, Jahrhundert auf Jahrhundert, hebt es das Plateau, auf dem Finnland und die gegenüberliegende Küste Schwedens ruhen. Das ist eine Welt, die nicht mit dem Maß der Gegenwart zu messen ist, eine Woge der Urzeit, die majestätisch durch Jahrtausende dahinrollt. Das Phänomen ist seit langer Zeit bekannt, aber seine Messungen sind zu neu und zu unvollständig, als daß sie genau sein könnten. Aus hundertjährigen, in die Strandklippen eingehauenen Merkzeichen glaubt man berechnen zu können, daß die nördlichen Küsten des Bottnischen Meerbusens sich um 1,20 bis 1,70 Meter in hundert Jahren heben, die des Finnischen Meerbusens aber nur um 60 Zentimeter. Die Hebung nimmt gegen Süden ab, hört an der schwedischen Küste auf dem Breitengrade von Stockholm auf und geht südlicher, an den Küsten von Schonen und Pommern in eine langsame Senkung über.

An vielen Stellen machen sich die Folgen dieser zum Teil noch rätselhaften Erscheinungen bemerkbar. Das Land hebt sich, die Ufer werden bloßgelegt, wo früher Schiffe segelten, schwimmt heute kaum ein Boot; wo der Fischer früher seine Netze warf, da weiden die Kühe auf der grünen Strandwiese. Klippen und Riffe entstehen, von denen früher keine Landkarte etwas wußte; die Riffe erweitern sich zu Eilanden und Inseln, und diese wachsen endlich mit dem Festlande zusammen. Die Seestädte werden gezwungen, dem fliehenden Meer nachzuziehen. Mit jedem Menschenalter zeigt sich ein neues bebaubares Gebiet, und jedes Jahrhundert schenkt Finnland ein neues Fürstentum. Die Seen sind der Stolz der finnländischen Geographie, aber zugleich ihre Verzweiflung, da kein Lehrbuch, keine Karte sie zu zählen vermag. Beinahe jeder Talgrund in Finnland war oder ist ein See. Das Wort des Dichters „Land der tausend Seen" erreicht nicht den vierten, nicht den fünften Teil der wirklichen Anzahl. An Wasserreichtum kann Finnland nur mit den Insel- und Deltaländern verglichen werden. Rings um Finnland, in ihm, unter ihm wogt das Meer. Ein Teil der Gewässer ist mit der Oberfläche des Landes gesunken und hat jene Sümpfe und Moore gebildet, die den Ansiedler ständig bedrohten und ihn ständig anlocken — heute sind sie Frostböden, nach zehn Jahren vielleicht fruchtbare Felder. Ein Fünftel des Landes ist noch heute Moor und Sumpf. Man hat berechnet, daß Finnland, im Verhältnis zu seiner Größe, ein Drittel mehr Binnenwasser umfaßt als Schweden, 3½ mal mehr als Norwegen und die Schweiz und 8 mal mehr als das europäische Rußland, 10 mal mehr als Deutschland und Schottland und beinahe 40 mal mehr als Dänemark, Oesterreich-Ungarn und Frankreich.

Die Seen sind „Finnlands Sonnenseite", seine Fenster, sein pulsierendes Blut. Ohne die Seen wäre dieses [illegible] ein [illegible] unter Schnee."

Getreiderekordernte in Amerika.

Wie aus Fergus Falls in Minnesota gemeldet wird, ist die diesjährige Ernte die größte in der Geschichte der Vereinigten Staaten. So heißt es in einem Bericht des Ackerbau-Departements, das die Getreideernte auf 108 Millionen Bushels schätzt: Der Durchschnitt auf den Acre ist 40 Bushels gegen 30 im Vorjahr und gegen 32 im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Die Qualität ist ungewöhnlich gut.

Die Revolutionierung der Flotte.

Es hat in recht weiten Kreisen der Bevölkerung Verwunderung erregt, daß die Mannschaften der Flotte als erste in den offenen revolutionären Kampf eintraten und durch ihren Aufstand der Revolution zum schnellen Siege verhalfen. Die bürgerlichen Kreise hatten sich solange in dem Wahne gewiegt, daß die Mannschaften der Marine eine ständige Schutztruppe der Reaktion sein würden, daß sie geflissentlich die drohenden Anzeichen übersahen, die in den vorjährigen Unruhen in der Marine zu die Erscheinung traten. Wie eifrig waren damals die bürgerlichen Parteien und die ihnen verbündeten Mehrheitssozialisten am Werke, um die „bedauerlichen Vorgänge" in der Marine zu vertuschen; wie bemühten sie sich, die Anzeichen der tiefern innern Gärung als Putschversuche einzelner Wirrköpfe und „feindlicher Agenten" darzustellen. Nur die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im Reichstage erhoben damals ihre Stimme zugunsten der revolutionären Marinemannschaften, nur sie traten offen gegen die empörende Behandlung der Matrosen ein und erklärten sich solidarisch mit unseren tapferen Vorkämpfern in der Flotte, die ihren revolutionären Aufstand mit Tod und Zuchthausstrafen bezahlten.

Jetzt, nach dem Siege der Revolution, kommen auch aus bürgerlichem Lager Stimmen, die die Richtigkeit unserer früheren Anklagen bestätigen und den Ursachen der revolutionären Gärung in der Flotte nachgehen. Der Marinemitarbeiter des „Berl. Tageblatts", Kapitän L. Persius, klagt jetzt über den „mißhandelten Geist der Flotte" und stellt fest, daß es für die Eingeweihten schon lange kein Geheimnis war, wie schlimm die Verhältnisse in der Marine waren. Der preußische Militarismus feierte auch hier seine Triumphe, namentlich unter der Herrschaft von Tirpitz, der alle Widerstände diktatorisch aus dem Wege räumte. Schon lange vor dem Kriege breitete sich die Unzufriedenheit in der Flotte aus.

„Im Laufe des Krieges spitzten sich die Verhältnisse immer mehr zu. Die Hochseeflotte war größtenteils zur Untätigkeit verdammt. Niederdrückenden Einfluß übten aus: das ewig sich gleich bleibende Leben an Bord, das enge Zusammengedrängtsein, der andauernde Drill, der preußische Militarismus, d. h. das geringe Verständnis für die Seele des einfachen Seemanns, die Nichtachtung der Persönlichkeit und die Knebelung des Geistes, unwürdige Behandlung, überaus strenge Strafen für die geringsten Vergehen, das illusorische Beschwerderecht, mangelndes Vertrauen in die Waffen, die allmählich aufkommende Erkenntnis, daß alles vergeblich sei, daß die Flotte gegen die gewaltige feindliche Uebermacht nicht bestehen könne, daß im besonderen der U-Boot-Krieg eine verfehlte Maßnahme sei. Dann besonders auch die Zurücksetzung des über alles Lob erhabenen Ingenieurkorps, des Sanitätsoffizierkorps und des Zahlmeisterkorps, die sich bereits im Frieden übel bemerkbar gemacht hatte, ferner ebenso die Zurücksetzung der vorzüglichen Reserveoffiziere, Deckoffiziere und Mannschaften, endlich die ständig schlechter werdende Verpflegung, während in den Kommandanten- und Offiziersmessen vielfach Ueberfluß herrschte und ungeheuerliche Trinkgelage veranstaltet wurden. Bezüglich der Beköstigung wurde eine Torheit nach der anderen getrieben. „In der nordamerikanischen Flotte" — so berichtete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 26 November 1917 — „haben die Offiziere auf ihre Messe verzichtet und essen das Gleiche wie die Mannschaften. Ferner wurden Deckoffiziere zu Fähnrichen befördert, die bald zu Offizieren ernannt wurden." — Bei uns erlebte man dergleichen nicht! Im Kriege wurde ferner eine sinnlose Geldverschwendung getrieben, freilich zugunsten derer, die eine Unterstützung nicht nötig haben. Unzähligen Admiralen — 80 — wurden Gebührnisse gezahlt. Vierzehn waren bei der Hochseeflotte untergebracht — das ist überreichlich —, aber die Verwendung der übrigen bleibt erst recht ein Kunststück bei den wenigen Schiffen, die vorhanden waren."

Besonderes Aergernis erregte es, daß von Offizieren für ihre Familien Nahrungsmittel, die für die Mannschaften bestimmt waren, in erheblichen Mengen von Bord geschafft wurden. Auch Offiziere im Landkommando verfuhren ähnlich. Kapitän Persius teilt empörende Beispiele auf diesem Gebiete mit, die sicherlich nicht vereinzelt dastehen, nicht nur in der Marine, sondern auch in der Armee.

„Die unwahre amtliche Berichterstattung" — fährt Persius fort — trug manches zur Verschlechterung der Stimmung bei. Verluste wurden selten zugegeben. So hieß es z. B. „keinerlei Menschenleben zu beklagen, Materialschaden völlig unbedeutend." Es hatte aber das in Betracht kommende Schiff „Seydlitz" allein durch einen englischen Volltreffer 168 Tote. Mangelhaftes Material, vornehmlich bei der U-Boot-Waffe, verlangte zahllose Opfer. Gar zu rücksichtsloses Einsetzen von Personal rief maßlose Erbitterung hervor. Ein Beispiel, das in der Marine unter der Bezeichnung „Der Kindermord von Baltisch-Port" bekannt ist: Ein Admiral, der selbst sicher auf einem Kreuzer saß, jagte skrupellos, ohne militärische Notwendigkeit, bei dem Versuch, die Sperre von Reval zu forcieren, 9 Torpedoboote auf Minen. Er machte dem Torpedobootskommandanten den Vorwurf: „Wenn Sie sich nicht solange mit der Rettung von Leuten aufgehalten hätten, dann . . ."

Kapitän Persius verwahrt sich gegen den etwaigen Einwand, dies alles seien Ausnahmefälle. Er besitze Material genug, um zu erklären, daß man hier „keineswegs von Ausnahmen" sprechen dürfe. Um so wichtiger erscheint es, daß dieses Material schleunigst der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werde. Bei dem großen Säuberungs- und Läuterungsprozeß, den wir durchmachen, muß rücksichtslos alles aufgedeckt werden, was zu der jetzigen Katastrophe geführt hat. Nur durch Förderung dieser Reinigungsarbeit können jene Kreise, die bisher geschwiegen, ihre Schuld am Volke, wenn auch nur teilweise, abtragen.

Gewerkschaftliches.

Die Pelzwarenfabrikanten und die Unterbringung der aus dem Felde heimgekehrten Angestellten. Der Verband der Pelzwaren-Fabrikanten E. V. hat in seiner außerordentlichen Mitgliederversammlung vom 21. November über die Einstellung kaufmännischer und technischer Angestellter der Betriebe seiner Mitglieder folgendes Statut erlassen, das sofort in Kraft getreten ist.

1. Alle Angestellten, die am 1. August 1914 bei der Firma tätig waren und dieser Tätigkeit durch Einberufung entzogen worden sind, müssen bei ihrer Rückkehr aus dem Felde wieder eingestellt werden. Voraussetzung ist, daß der Einzustellende sich innerhalb 14 Tagen nach seiner Entlassung vom Militär meldet. Als Gehalt ist zu zahlen das Friedensgehalt, doch darf kein Gehaltssatz niedriger sein als 150 M. pro Monat.

2. Das zur Zeit bei der Firma beschäftigte Personal darf während der kommenden 8 Monate nicht entlassen werden. Doch soll es zulässig sein, bis zu 20 Proz. der Zahl der gesamten zur Zeit vorhandenen Angestellten ohne jede Beschränkung auf Grund der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist zu kündigen. Die Bestimmungen zu 1. und 2. finden auch auf Ausländer Anwendung.

3. Streitigkeiten, die sich zwischen Firmeninhabern und Angestellten aus den zu 1. und 2. genannten Bestimmungen ergeben, unterliegen unter Ausschluß des Rechtsweges der Entscheidung durch ein Schiedsgericht, das aus 2 Verbandsmitgliedern und aus 2 Vertretern der Angestellten zusamengesetzt sein soll, mit einem Obmann, der keiner der beiden Kategorien angehört. Die Wahl der Angestellten soll so erfolgen, daß die Angestellten jeder Firma einen Delegierten wählen und daß von den Delegierten der Angestellten aller Mitgliederfirmen gemeinsam 2 Schiedsrichter und 2 Stellvertreter gewählt oder ausgelost werden.

Groß-Berlin.

Massen-Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie Berlins.

Nach sieben Sälen hatte gestern die Unabhängige Sozialdemokratische Partei eingeladen, um über „die Revolution und unsere Aufgaben" ein klares Bild zu entwerfen und vor allem die Vorgeschichte der Revolution noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, wie auch noch einmal gründlich die verwerflichen Machenschaften der abgewirtschafteten Clique zu beleuchten. Ueberfüllt waren die Säle und durch großen Beifall gaben alle Versammelten zu erkennen, daß das von den Rednern entwickelte Programm unserer Partei die Verwirklichung der Ideale der arbeitenden Menschheit verspricht. In allen sieben Sälen gaben die Diskussionsredner zu erkennen, daß unsere Sache gut aufgehoben ist, wenn wir unbeirrt, was da kommen mag, unsern Weg rücksichtslos bis zu Ende gehen.

Der große Versammlungssaal der „Königsbank" war bis auf den letzten Platz gefüllt, als Genosse Barth das Wort nahm und über die politische Lage referierte. Er setzte der Versammlung die Aufgaben auseinander, die der neuen Regierung gestellt sind, Frieden zu schließen, Arbeit zu vermitteln und Brot zu schaffen. Besonders eingehend und anschaulich behandelte er die überaus schwierige Ernährungsfrage. Zu dem vorhandenen Mangel an Nahrungsmitteln kommen noch die als besonders erschwerend hinzutretenden Umstände der raschen Demobilisierung, der Mangel an Transportmitteln, die uns wenig sympathische Stimmung der Bevölkerung in den östlichen Provinzen, auf deren Hilfe wir dringend angewiesen sind. Die mit großem sittlichen Ernst vorgetragenen Ausführungen verfehlten auf die Versammlung ihre Wirkung nicht, und zuweilen unterbrach ein tiefes Atmen die Stille und gab den großen Besorgnissen Ausdruck, die alle Hörer angesichts dieser Situation erfüllte.

Genossin Luise Zietz sprach vor Tausenden von Hörern im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Sie handelte besonders ausführlich das Thema ab, was unsere Genossen veranlaßte, in die Regierung einzutreten, und legte ausführlich die Bedingungen dar, unter denen dieser gewiß folgenschwere Schritt getan worden ist und erläuterte in ausführlicher Weise die Gründe dazu. Sie warnte schließlich vor einer vorzeitigen Einberufung der Nationalversammlung, weil dadurch nur ein gefälschtes Bild vom Volkswillen entstehen kann. Trotz der gegenwärtigen Zusammenarbeit mit den Scheidemann-Sozialisten kann keine Rede davon sein, beide sozialdemokratische Richtungen auf einer Mittellinie etwa zu verschmelzen. Wir haben unser Banner unbefleckt erhalten. Für uns arbeitet die Wahrheit und die Entwicklung. Schon jetzt, wo wir die Knebel des Belagerungszustandes und der Zensur losgeworden sind, wo wir durch aufklärende Versammlungen und Gründung von Parteiorganen zu den Massen sprechen können, zeigt es sich, wie der gesunde Sinn der Arbeiter sich uns zuwendet. Noch genügender Aufklärung und eifriger Agitation wird der Sieg unser sein.

In den Musikersälen sprach Genosse Haase vor überfülltem Saale. Er ging näher auf die Frage der Expropriation, der Tilgung der Kriegsschulden von 300 Milliarden Mark und besonders auf die Frage der Nationalversammlung, die er für unbedingt erforderlich hielt, ein. Als er von der Feststellung der am Weltkriege Schuldigen sprach, ertönten Rufe aus der Versammlung, die eine sofortige, möglichst harte Bestrafung forderten. Genosse Haase wandte sich dagegen, daß wir uns mit dem Blute dieser Verbrecher bestecken, sondern sie lieber der Schande preisgeben sollten. Wir sollten andere Methoden anwenden als unsere Gegner, und lieber unsere Kräfte für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft verwenden.

In den Pharussälen in der Müllerstraße legte Genosse Büchner die Situation dar. In der angeregten Diskussion wandte sich die Mehrzahl der Redner gegen die Nationalversammlung und forderte rücksichtsloses Weitergehen. Ferner wurde die [illegible] Gerichtsrat Wolff verlangt, auch wurde die Beseitigung der schwarz-weiß-roten Flagge, die beleidigend und provozierend wirke, gefordert. In diesem Sinne sind entsprechende Resolutionen angenommen.

In der Urania sprach Genosse Jäckel, während im Boekerschen Saale in der Weberstraße Genosse Ströbel vor überfülltem Saale referierte. Auch die Diskussion bewegte sich im Rahmen der Referate, bis auf einen Redner in der Urania-Versammlung, der im Sinne der Mehrheit sprach, aber elend abfiel.

Im Böhmschen Saale in der Prenzlauer Allee entwickelte Genosse Ledebour den Gang der Dinge. Seine Darlegungen fanden lebhaften Widerhall. Die Diskussion war sehr anregend. Gegen die Nationalversammlung sprachen sich alle Redner aus. Große Erbitterung kam auch hier gegen den Stadtkommandanten Wels zum Ausdruck. Auch Feldgraue sprachen gegen die Nationalversammlung.

Eine vom Charlottenburger Wahlverein einberufene und im Volkshaus tagende außergewöhnlich stark besuchte öffentliche Versammlung hat nach einem Vortrage des Genossen Dr. Moses nachfolgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Versammlung richtet an den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung von Berlin die dringende Bitte, den Helden der Revolution von 1848 und den Kämpfern der Revolution von 1918 ein gemeinschaftliches Denkmal auf dem Friedhof im Friedrichshain zu errichten, als ein Wahrzeichen für kommende Geschlechter. Sie erwartet ferner, daß der Friedhof der Märzgefallenen selbst nun endlich nach 70jährigem Kampfe in einen der Toten würdigen Zustand versetzt wird.

Die Versammlung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sowohl die Errichtung eines Denkmals wie die Instandsetzung des Friedhofes selbst unverzüglich in Angriff genommen und daß von seiten der Fraktion der U. S. P. bereits in einer der nächsten Sitzungen diesbezügliche Anträge gestellt werden.

Die republikanische Soldatenwehr.

Der Stadtkommandant Otto Wels erläßt folgenden Aufruf zum Eintritt in die republikanische Soldatenwehr:

Soldaten!

Zur Durchführung des Wacht- und Sicherheitsdienstes während der Truppenentlassungen ist die

republikanische Soldatenwehr

gebildet worden.

Tausende haben sich bereits gemeldet, doch sind weitere Aufnahmen notwendig. Wer in diese Wehr eintritt, scheidet aus seinem bisherigen Truppenteil aus.

Es werden gezahlt:

a) Löhnung monatlich 30 Mk.,
b) täglich Zulage von 5 Mk.

Gute Verpflegung und Unterkunft ist sichergestellt.

Leute mit eigenem Hausstand in Berlin können außer Dienst zu Hause wohnen und essen. Entschädigung hierfür pro Tag 5 Mk.

Die bisherige Familien-Unterstützung bleibt bestehen. Anmeldungen: Oberwallstr. 22, Erdgeschoß rechts, wo auch alles Nähere zu erfahren ist.

„Nette Zustände."

Zu der Notiz in Nr. 17 der „Freiheit", die auf die Zustände bei den Potsdamer Gardejägern hinwies, teilt uns der Vollzugsausschuß des A.- u. S.-Rates Potsdam mit:

„Im Interesse der Truppe liegt es, ihre im Felde erworbenen Auszeichnungen zu tragen. Die Gardejäger sind fest in unserer Hand. Befürchtungen liegen nicht vor."

Kokarden und Tressen — nur von diesen war in unserer Notiz die Rede — sind eigentlich keine im Felde erworbenen Auszeichnungen. Besonders wichtig aber wäre auch eine Aeußerung zu unserer Mitteilung gewesen, daß in die Kaserne der Gardejäger außer dem „Berliner Lokalanzeiger" kein Blatt hineingelassen wird.

Neuköllner Soldaten- und Bürgerwehr. In einer Versammlung der Neuköllner Urlauber und heimgekehrten Soldaten in den Passagesälen gelangte eine Resolution zu Annahme, in der besagt wird:

Die Versammlung der Neuköllner Urlauber und heimgekehrten Soldaten spricht dem zur Zeit in Berlin amtierenden Soldatenrat das Recht ab, ohne die Zustimmung der Neuköllner Soldaten und Bürger unter Mithilfe des Soldatenrates der 6ser eine Bürgerwehr ins Leben zu rufen. Die Versammlung gibt kund, daß nur Soldaten und Bürger in breiter Oeffentlichkeit die Gründung einer Bürgerwehr beschließen und ausführen können. Sie verlangt deshalb die unverzügliche Auflösung der bisher zu Unrecht bestehenden Bürgerwehr.

In einer weiteren Resolution fordern die Urlauber und heimgekehrten Krieger Neuköllns entschiedene Anerkennung ihrer gewählten Vertreter im Soldatenrat und Vollzugsausschuß. Ferner soll unverzüglich dafür Sorge getragen werden, daß alle in Neukölln bestehende Militär- und Polizeigewalt unter der ausschließlichen Kontrolle des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrates steht. Die Versammelten halten sich bereit, den Vollzugsausschuß in diesem Bestreben energisch zu unterstützen.

Für den Empfang und die Unterbringung der in diesen Tagen in Berlin ankommenden und durchreisenden Truppen sind weitreichende Maßnahmen getroffen, insbesondere für die Erholung und Verbergung. Es ist eine außerordentlich schwere Aufgabe, die an die Stadtverwaltung in ihrer Eigenschaft als Quartiergeber herantritt. Der Magistrat bittet die Bevölkerung, ihm seine Aufgabe soweit wie möglich erleichtern zu helfen und auch den Ankommenden; sei es auf der Straße, in Fahrgelegenheiten, in den Restaurants oder sonst wie behilflich zu sein.

Auf die Hausschlachtungen bezieht sich ein Ersuchen des Staatssekretärs des Reichsmarineamts an die Bundesregierungen, anzuordnen, daß die Hausschlachtungen bis zum 31. Dezember 1918 beendet sein müssen und nur in besonderen Ausnahmefällen eine Verlängerung des Termins zuzulassen. Die nach dem 1. Januar 1919 noch in den Beständen ohne Genehmigung befindlichen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von den Zuchtschweinen, auf deren Erhaltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und von noch nicht abgenommenen Vertragsschweinen, möglichst ohne Verzug zur Erfüllung der Schlachtviehumlage heranzuziehen.

Die Werbung für Lindenstraße 3. Uns wird berichtet: Die Lehrlinge der Buchdruckerei Gläser, Oranienstraße, hatten am Freitag voriger Woche eine Lehrlingsversammlung einberufen, um sich über verschiedene sie betreffende Fragen auszusprechen. Am darauffolgenden Sonnabend erhielten sie von Obmann des Ausschusses Böhlke, die Einladung, sich mittags im Maschinensaal zu treffen. Sofort fragte er nach dem Einberufer der Versammlung vom Freitag. Es wurde ihm gesagt, daß sie vielmehr alle Einberufer seien, da die Versammlung auf allgemeinen Wunsch stattgefunden habe. Weiter wollte er ein Zirkular (Einladung zur Versammlung) sehen. Auch das war nicht vorhanden. Bezüglich der Jugendversammlung vom Sonntag erklärte er, daß die Lehrlinge sich von Verschwörern, Schnorrern, Fanatikern und Phantasten beeinflussen ließen. Er selbst meine es gut mit den Lehrlingen, sie sollten sich in Lohn- und anderen Fragen nur an ihn wenden. Wenn sie sich organisieren wollten, so sollten sie sich Lindenstraße 3 melden. Einer der Lehrlinge erwiderte auf seine Bemerkung bezüglich der Jugendversammlung, daß sie auch Scheidemann als Referenten bestellen würden, wenn sie ihn geeignet hielten, ihre Interessen zu vertreten. Im übrigen wollten sich die Lehrlinge auf keine weitere Diskussion mit ihm einlassen. Daraufhin titulierte er den Sprecher mit Schafskopf und wollte sogar handgreiflich werden, ließ aber schließlich davon ab. Wir glauben es mit der Bekanntgabe bewenden lassen zu sollen, sie spricht für sich selber.

Journalistenrat zu Berlin. Der am 17. d. Mts. in Berlin von einer allgemeinen Mitgliederversammlung des Reichsverbands der Deutschen Presse gewählte „Journalistenrat" hat sich als nächste Aufgabe gesetzt: Gutachtliche Beratung der Regierungsstellen und Vermittlung zwischen diesen und den vorhandenen Presseorganisationen, Mitarbeit bei der Unterbringung der aus dem Felde heimkehrenden Berufsgenossen, Vorberatung der Anträge auf Umbau des Reichsverbandes auf gewerkschaftlicher Grundlage, Mitarbeit an der Bildung einer großen Interessengemeinschaft aller geistigen Arbeit, des freien Schrifttums, der Gelehrtenwelt, der schaffenden Künstler, der Anwälte, Aerzte usw.

Zur „staatsbürgerlichen Ausbildung von Technikern" veranstaltet der Bund technischer Berufsstände in der Staatsbürgerschule, Kronprinzen-Ufer 27, eine am 3. Dezember abends 8 Uhr beginnende Vortragsreihe, an der auch Nichtmitglieder teilnehmen können. Nähere Auskünfte erteilt Dr.-Ing. Sippner, Berlin NW. 7, Sommerstraße 4a.

An die Mitglieder des Verbandes der Schneider! Die allgemeine Mitgliederversammlung findet nicht am Freitag, den 29. November im Gewerkschaftshaus, sondern am Montag, den 2. Dezember, im Deutschen Hof, Luckauer Straße, statt.

Der Turnverein „Fichte" Berlin eröffnet am Mittwoch, den 27. November, seine siebente Schüler- und achte Schülerinnen-Abteilung in der Turnhalle der 183/196. Gemeindeschule in der Müllerstr. 158/159. Die Turnabende finden jeden Mittwoch und Freitag von 6½—8½ Uhr abends statt. Anmeldungen werden dort vom Kassierer entgegengenommen.

Wassersportfreunde. Der Arbeiter-Schwimmverein Berlin (Mitglied der A. W. W.) veranstaltet am Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Stadtbad Neukölln, Gangloserstraße, ein Schau- und Wettschwimmen. Der Verein weist die arbeitende Bevölkerung Berlins auf diesen besonders gesunden Sport hin. In jeder Berliner städtischen Badeanstalt besteht eine Abteilung. Wir nehmen jetzt bei Beendigung des Krieges unsere volle Tätigkeit wieder auf. Schwimmer sowie Nichtschwimmer werden immer aufgenommen. Vereinsadresse: Karl Kolander, Berlin-Tegel, Bahnhofstr. 18, 2 Tr.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. S. Nestriepke, Berlin-Wilmersdorf.
Druck der Lindendruckerei und Verlagsges. m. b. H.,
Schiffbauerdamm 19.